Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 7330 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 178. Dienstag, 3. August 1926, abends. 79. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: i. V.: R. Teichgräber, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Magdeburg.

BR. In Magdeburg ist jemand ermordet worden. Ein Industrieller und mehrere andere Personen werden wegen Verdachtes der Anstiftung, der Täterschaft oder Mittäterschaft verhaftet. Das ist ein Ereignis, das gewiß Interesse verdient. Aber schließlich doch nur ein Ereignis, wie es sich verhältnismäßig oft ereignet. Dann aber stellt sich heraus, daß der als verdächtig verhaftete Industrielle Beziehungen zum Reichsbanner hat, es finanziert, kurz: ein „aufrechter Demokrat" ist. Und nun beginnt die ganze demokratische Presse zu toben, macht aus einer Justizaffäre eine politische Staatsaktion, behauptet, der Industrielle sei unschuldig, der Untersuchungsrichter geisteskrank, seine Organe unfähig usw.; das Ganze sei nichts als eine Hetze nationalistischer Kreise gegen Reichsbanner und Demokratie, sei Justizrevolte gegen den Staat, sei Politisierung der Justiz.

Das ist der Tatbestand. Niemanden in der Welt interessiert die Person des Ermordeten, die Person des vermeintlichen Mörders, die Person des vermutlichen Anstifters. Erst als die Linkspresse in Deutschland die Angelegenheit zu einem politischen Skandalereignis machte, erst dann begannen nationale Kreise, sich überhaupt mit diesem Magdeburger Mord zu beschäftigen. Keiner Menschenseele aus dem nationalen Lager Deutschlands war es vorher eingefallen, in dieser immerhin simplen Mordangelegenheit für oder gegen die Justiz oder die Verdächtigten Stellung zu nehmen. Erst dann, als aus der Mordsache eine politische Skandalaffäre wurde, als die Pressecampagne gegen den Magdeburger Untersuchungsrichter zu einem Kampf gegen die Unabhängigkeit der deutschen Richter ausartete, erst dann stellte sich das nationale Deutschland schützend vor die angegriffene Justiz.

Was hat der Magdeburger Mordfall mit der Politik zu tun? Nichts. Es ist uns absolut gleichgültig, ob der Industrielle Haas Reichsbannermann oder sonst irgend etwas ist. Es geht ja auch gar nicht mehr um die Schuld oder Unschuld von Haas, es geht um ganz etwas anderes. Der Kampf gegen die Magdeburger Justizbehörden ist nur ein Ausschnitt aus dem großen wohlvorbereiteten Feldzug, den die demokratische Presse in Deutschland seit Jahren gegen die Unabhängigkeit des deutschen Richters führt. Der Fall Kölling ist nicht die erste und wird nicht die letzte Etappe in diesem Feldzug sein. Wir haben ähnliches im Falle Barmat und Kutisker erlebt, und auch in Zukunft werden uns ähnliche Tragödien wie die in Magdeburg kaum erspart bleiben. Es ist bedauerlich, und es muß der ganzen Welt ein trauriges Bild von dem Verhältnis zwischen Staat und Justiz in Deutschland geben, wenn sogar der preußische Staat unter dem Druck einer verantwortungslosen Presse und einer skrupellosen Asphaltdemokratie in einem schwebenden Verfahren für die Beschuldigten und gegen die Justiz Stellung nimmt. Die Unabhängigkeit des deutschen Richters ist dieser Republik und dieser Demokratie seit langem ein Dorn im Auge. Man hat allen Ernstes erwogen, für eine Zeit lang die Unabhängigkeit und Unabsetzbarkeit des deutschen Richters aufzuheben, um die Justiz zu „reinigen", zu reinigen von allen denen, die unabhängige Gerechtigkeit über politische Zweckmäßigkeit stellen. Ob dieser Vorschlag ernst gemeint war, entzieht sich unserer Kenntnis; aber er paßt so ausgezeichnet in die republikanische und demokratische Taktik, in ihren organisierten Kampf gegen die Justiz, daß man versucht ist, ihn für ernst gemeint zu halten.

Wie die Mordangelegenheit in Magdeburg ausgeht, ist völlig gleichgültig, auch wenn es sich herausstellt, daß der Industrielle Haas unschuldig ist, besteht für uns kein Anlaß, von dem obengesagten auch nur ein Jota zurückzunehmen. Die demokratische Presse wird dann einen billigen Triumph haben, der aber nicht im geringsten darüber hinwegtäuscht, daß in der Rechtsauffassung der deutschen Republik die Parteipolitik mehr als die Gerechtigkeit gilt.

Dr. Stresemann kehrt nach Berlin zurück.

Reichsminister des Aeußern Dr. Stresemann wird, wie mehrere Blätter melden, seinen Erholungsurlaub in Bad Wildungen Ende dieser Woche beenden und spätestens am 9. August wieder in Berlin eintreffen. Es kann angenommen werden, so heißt es in den Blättermeldungen weiter, daß nach der Rückkehr des Reichsministers die schwebenden Verhandlungen **über Deutschlands Eintritt in den Völkerbund** und die damit zusammenhängenden Fragen in ihr letztes Stadium gekommen sind. Nach Klärung der Sachlage werde sich die Reichsregierung dann auch über die Zusammensetzung der **deutschen Delegation für Genf** schlüssig werden. Daß der Reichsminister des Aeußern wieder Mitglied der Delegation sein wird, gelte als selbstverständlich.

Vor dem Abschluß des deutsch-französischen Handelsprovisoriums.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen, die dem Abschluß eines Provisoriums auf die Dauer von sechs Monaten bezwecken, nehmen einen günstigen Verlauf. In den letzten Tagen konnten die wesentlichsten Streitfragen auf Grund beiderseitigen Entgegenkommens gelöst werden. Im Augenblick macht die französische Forderung **wegen der Einfuhr des französischen Gemüses** noch einige Schwierigkeiten, jedoch hofft man an zuständiger Stelle, daß auch dieser Punkt in den nächsten Tagen zu einer Einigung führen wird. Nach dem augenblicklichen Stande der Verhandlungen kann mit dem Abschluß des vorläufigen Teilabkommens Ende dieses Monats gerechnet werden.

Poincaré und der Frank.

Poincaré ist im Begriff, ein gefährliches Experiment zu unternehmen: er will den Franken revalorisieren, bevor er ihn stabilisiert. Bei keiner einzigen Währung, die gefährdet war, hat man bisher ein ähnliches Experiment versucht, im Gegenteil man hat bei allen Stabilisierungsmethoden sich bemüht, der kranken Währung einen Spielraum nach unten zu lassen. Das war auch der Plan Caillaux. Gerade in der Situation, in der sich die französische Währung befindet, wäre eine solche Stabilisierungstaktik am zweckmäßigsten. In Frankreich ist zwar nicht eine Vermehrung des Notenumlaufes, wohl aber die Vermehrung der Zahlungsmittel in irgend einer Form, also in gewissem Sinne eine Weitertreibung der Inflation unumgänglich. Unter diesen Umständen den Franken revalorisieren zu wollen, zeugt entweder von sehr großer Kühnheit und sehr großem Optimismus, oder von einem finanzpolitischen Dilettieren, das gerade in Frankreich und gerade zu diesem Zeitpunkt mehr als gefährlich ist. Man will den Kurs des Franken bis zu einem Punkt herauf treiben, den normaler Weise „das wiedergewonnene Vertrauen, die Bedingungen des Wirtschaftslebens des Landes und die Preisindices festsetzen werden." Welcher Kurs diesen Bedingungen entspricht, ist nicht ganz klar, zumal die Preisindices nicht allzu viel über dem Währungsindex liegen. Ganz nichtssagend ist der Ausspruch, daß der zukünftige Frankenkurs dem Vertrauen, das man zur französischen Finanzpolitik und den französischen Wirtschaftsverhältnissen hat, entsprechen soll. Offenbar will man versuchen, den Frankenkurs so hoch wie möglich zu treiben ohne eine bestimmte Grenze für den Beginn der Stabilisierung festzusetzen, mit anderen Worten; man will vorläufig überhaupt nicht stabilisieren, es besteht sogar die Gefahr, daß, wenn eine starke Kurserholung des Franken eintritt, die Stabilisierung überhaupt vermieden wird.

Es ist durchaus undurchsichtig, warum der Frank überhaupt revalorisiert werden soll. Das Stabilisierungswerk wird dadurch nur erschwert und, was wichtiger ist, die Lasten des französischen Staates werden nur erhöht. Es ist kein Geheimnis, daß z. B. in Deutschland, als die Inflation nicht mehr aufzuhalten war, der Währungsverfall absichtlich bis zur absoluten Wertlosigkeit der alten Währung getrieben wurde, damit die Lasten des Staates während und nach der Stabilisierung möglichst gering wären. Erst geraume Zeit später wurde durch die Aufwertung der öffentlichen Anleihen der Hypotheken usw. — allerdings mehr als unvollkommen — versucht, die Ungerechtigkeit, die in dem späten Stabilisierungszeitpunkt lag, zu korrigieren. Dies Verfahren mag aus sozialen und anderen Gründen vielleicht nicht sehr nachahmenswert sein, es verspricht aber unbedingt mehr Erfolg als die Methoden, die die französische Regierung jetzt einzuschlagen gedenkt.

•

Der Finanzgesetzentwurf vom französischen Senat angenommen.

Um schnell zu einem Abschluß zu gelangen, hat der Finanzausschuß des Senats, ohne, wie ursprünglich beabsichtigt, eine neue Sitzung abzuhalten, sämtliche einzelnen Artikel der Steuergesetze und den Entwurf in seiner Gesamtheit vorbehaltlich einiger vorzunehmenden Verbesserungen angenommen.

Das Statut der französischen Amortisationskasse.

Das gestern vom Ministerrat gebilligte Statut der autonomen Amortisationskasse bestimmt in enger Anlehnung an die Vorschläge der Finanzsachverständigen als Aufgabe der Kasse, den Zinsendienst, die Rückzahlung und die Erneuerung der Bonds der nationalen Verteidigung sicherzustellen. Ebenso werden die gewöhnlichen Schatzbonds von ihr verwaltet werden, deren Erneuerung in Zukunft nur durch Umtausch gegen Bonds der nationalen Verteidigung erfolgt. Außerdem soll die Kasse das Tabakmonopol verwalten, der Betrag der zu verwaltenden Bonds wird auf etwa 41 Milliarden geschätzt. Die Mittel, die der Kasse zufließen sollen, sind: Jahresertrag der Erbschaftssteuer 2,7 Milliarden, Zusatzsteuer aus Veräußerung von Gebäuden und Handelsgeschäften 800 bis 900 Millionen, aus dem Tabakmonopol 2,8 Milliarden. Man glaubt, daß schon die Einnahmen aus dem Tabakmonopol genügen werden, um den Zinsendienst der Kasse sicherzustellen. Der Rest, also etwa 3,6 Milliarden, würden der Amortisierung gewidmet werden können. Die Kasse wird außerdem die Ermächtigung erhalten, sich Vorschüsse machen zu lassen und nötigenfalls auf Grund der Monopoleinnahmen verpfändbare Wertpapiere auszugeben. Die Kasse übernimmt den gesamten Schuldendienst und es steht ihr frei, entweder zur Amortisierung zu schreiten oder die Inhaber aufzufordern, die Wertpapiere gegen neue wiederum zu amortisierende Wertpapiere umzutauschen.

Deutschland und die Frankenstabilisierung.

Die Zusammenkunft zwischen **Dr. Schacht** und **Strong** wird von gewissen deutschen Kreisen dahin ausgelegt, daß die beiden Bankleiter Verhandlungen über eine **deutsche Hilfsaktion** zur Stabilisierung des Frankenkurses führen wollen. Im Zusammenhang damit ist die Meldung eines Londoner Blattes bemerkenswert, in der gesagt wird, daß Deutschland seine Hilfe angeboten habe, wenn das Rheinland völlig geräumt würde, wenn eine französische Kolonie an Deutschland zurückgegeben und wenn die deutsche Ostgrenze korrigiert würde. **Alle diese Meldungen klingen äußerst unglaubwürdig.** Denn erstens geht eine größere Beteiligung Deutschlands an der Stabilisierung des Franken höchst wahrscheinlich über das Maß der deutschen finanziellen Fähigkeiten hinaus und zweitens halten wir es für absolut ausgeschlossen, daß Frankreich jemals zu einer der eben angeführten Konzessionen bereit sein würde.

Briand über die auswärtige Politik des neuen Kabinetts.

Wien. Der Sonderberichterstatter der Neuen Freien Presse in Paris hatte eine Unterredung mit Briand über die auswärtige Politik des neuen französischen Kabinetts. Briand äußerte sich dabei u. a. folgendermaßen: Die Aenderung der Regierung bedeutet keine Aenderung der auswärtigen Politik. Das beweist schon meine Anwesenheit an diesem Platz. Nie hätte ich mein Amt übernommen, wenn ich nicht vollständig sicher gewesen wäre, meine bisherige Politik fortsetzen zu können. Poincaré hat die Regierung übernommen, um die Finanzfrage zu lösen. Ein außenpolitisches Programm, eine Abkehr von der bisherigen Außenpolitik bedeutet der Name nicht. **Meine Politik ist die Politik von Locarno,** und ich kann darauf verweisen, daß ich sogar schon vor der Konferenz von Locarno auf **eine Milderung des Rheinlandregimes hingearbeitet habe.** Der Rest der Abmachungen, der noch zu verwirklichen ist, wird verwirklicht werden, und das wäre vielleicht auch schon geschehen, wenn die französische Regierungsbildung nicht die Abwicklung aller anderen Angelegenheiten verzögert hätte. Freilich ist guter Wille von beiden Seiten erforderlich. Die Politik von Locarno bedeutet eine **Politik der Verständigung mit Deutschland,** und nach meiner festen Ueberzeugung **wird ohne eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland das europäische Gleichgewicht nicht wieder hergestellt werden können.** Es ist meine Absicht, im Herbst nach Genf zu gehen, um bei der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund mitzuwirken. Ich werde willkommene Gelegenheit haben, Unterhaltungen mit den deutschen Staatsmännern zu führen und zwar sehr ausgedehnte Unterhaltungen. Wenn ich von einer Ausgestaltung der Politik von Locarno spreche, so denke ich dabei u. a. auch an **eine möglichst weitgehende wirtschaftliche Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland,** an eine wirtschaftliche Durchdringung. Es gibt eine Anzahl von Wirtschaftsgebieten, auf denen eine französisch-deutsche Zusammenarbeit möglich ist. Die wirtschaftliche Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland wird auch künftig eines meiner Ziele bleiben.

In seiner Unterredung mit dem Sonderberichterstatter der Neuen Freien Presse in Paris über die auswärtige Politik des neuen französischen Kabinettes erklärte Briand bei der Erörterung der deutsch-französischen Beziehungen u. a. noch: Im **Rheinland** hat es während der letzten Zeit **allerlei Vorfälle** gegeben, die in Frankreich die öffentliche Meinung erregt haben. Beispielsweise die geräuschvolle Erinnerungsfeier. Ich weiß sehr wohl, daß die deutsche Regierung nicht für alle Veranstaltungen und für alle Zwischenfälle verantwortlich gemacht werden kann. Immerhin würde es mir die Durchführung meiner Aufgabe erleichtern, wenn man in Deutschland manchmal etwas mehr berücksichtigen würde, welchen Eindruck gewisse Vorfälle auf die öffentliche Meinung Frankreichs machen. Dasselbe gilt für die **Entwaffnung. In allerlei kleinen Einzelheiten ist Deutschland mit der Entwaffnung im Rückstand geblieben.** Ich messe dem keine entscheidende Bedeutung bei, aber unsere öffentliche Meinung wird unruhig, wenn sie hört, daß die Entwaffnung wieder auf neue Schwierigkeiten stößt. Aus diesem Grunde würde ich wünschen, daß Deutschland alle Maßnahmen durchführt, die noch durchzuführen sind.

Die Manöver im besetzten Gebiet.

Die Pariser Blätter hatten gemeldet, daß im Herbst dieses Jahres **in der Rheinpfalz große französische Manöver abgehalten** werden sollten, an denen zwei bis drei Armeekorps teilnehmen würden. Marschall Foch werde an den Truppenübungen persönlich teilnehmen und als Abschluß der Manöver sollte in Wiesbaden eine große Truppenbesichtigung stattfinden.

Diese Nachricht **hat bei der Bevölkerung der Rheinpfalz begreiflicherweise große Unruhe ausgelöst,** weil man dort infolge des Aufmarsches so großer Truppenverbände umfangreiche Flurschäden befürchtete. Wie wir hören, hat im Auftrage des Auswärtigen Amtes der deutsche Botschafter in Paris bei den dortigen zuständigen Stellen nachgefragt, ob die französische Heeresleitung tatsächlich Manöver in dem gemeldeten Umfange in der Rheinpfalz abhalten werde. Herrn von Hösch ist daraufhin die Mitteilung zugegangen, die französischen Herbstübungen in der Rheinpfalz würden **nur in beschränktem Umfange stattfinden.** Es sei in Aussicht genommen, daß an dem Manöver nur zwei Divisionen teilnehmen sollen. Im übrigen werde sich Marschall Foch nicht nach der Rheinpfalz begeben, um die militärischen Uebungen zu leiten.

Die Ministerbesprechung über die Magdeburger Angelegenheit.

Wie die Blätter berichten, hat an der Besprechung über die Magdeburger Angelegenheit, die zwischen Severing und am Hehnhoff stattfand, auch Ministerpräsident Braun teilgenommen. — Dem Berliner Tageblatt zufolge hat sich gestern morgen der dem Untersuchungsrichter Kölling zur Verfügung gestellte Kriminalkommissar Geisler krank gemeldet.